

Harald Wixforth

## Ein „stiller Teilhaber“ – die „Arisierung“ des Bankhauses Simon Hirschland und der Flick-Konzern<sup>1</sup>

### I. Einleitung

Die historische Forschung untersucht derzeit die Mechanismen und Dimensionen der Verdrängung von Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft sowohl im so genannten „Altreich“ als auch in den vom NS-Regime abhängigen und besetzten Gebieten Europas. Noch lässt sich kein präziser Befund über die Größenordnung von „Arisierungsgewinnen“ und Vermögenskonfiskation erstellen. Die Wirkungsmechanismen, die Akteure, aber auch die Vielschichtigkeit der „Arisierung“ lassen sich jedoch auf der Grundlage von jüngst publizierten Studien bereits erkennen.<sup>2</sup> Pointierte Schlussfolgerungen über die Verwendung von konfisziertem und „arisiertem“ jüdischen Vermögen stehen ebenso zur Diskussion wie Schätzungen über das Ausmaß dieses gigantischen Vermögenstransfers.<sup>3</sup>

Die Vielschichtigkeit und die gesellschaftliche Komplexität der „Arisierung“ und „Entjudung“ machen es schwer, eindeutig das Ausmaß zu benennen, in dem die deutsche Industrie von diesem Prozess profitierte. Die neuere Forschung hat lange Zeit anerkannte Stereotype inzwischen zwar widerlegt, neue griffige theoretische Konzepte stehen jedoch noch aus. Angesichts der von der Forschung in zahlreichen Detailstudien herausgearbeiteten Facetten von „Arisierung“ und Judenverfolgung bleibt abzuwarten, welche generalisierenden und theoriegeleiteten Aussagen sich hier treffen lassen werden.

- 1 Der Aufsatz basiert auf Forschungsarbeiten zur Geschichte des Flick-Konzerns aus den Jahren 2004 und 2005, die von der Berliner Initiativgruppe „Zurückgeben“ und ihren Förderern finanziert wurden. Der Verfasser bedankt sich bei der Gruppe für die Unterstützung.
- 2 Von der Vielzahl neuerer Studien zur „Arisierung“ und zur Verdrängung der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft seien hier genannt: Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945. Hamburg 1997; ders., „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozess. Verhalten, Strategie und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Irntraud Wojak/ Peter Hayes (Hrsg.), „Arisierungen“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis. Frankfurt am Main 2000, S. 15-30; Gerald Aalders, Geraubt! Die Enteignung jüdischen Besitzes im Zweiten Weltkrieg. Köln 2000; Saul Friedländer, Das „Dritte Reich“ und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 1998; Dieter Stiefel (Hrsg.), Die politische Ökonomie des Holocaust. Wien/ München 2001; Dieter Pohl, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit. Darmstadt 2003; Jörg Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938-1845. München 2006.
- 3 Diese Debatte erhielt Zündstoff durch die empirisch nicht haltbaren Schlussfolgerungen von Götz Aly. Vgl. ders., Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005; ferner Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk. Bonn 2003; sowie unlängst Frank Bajohr/ Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006.

Unstrittig ist jedoch, dass zahlreiche Deutsche direkt und indirekt von der „Arisierung“ profitierten, dass deutsche Unternehmer vom Spitzenmanager bis zum mittelständischen Gewerbetreibenden gerne bereit waren, sich in die Herrschaftspraxis des NS-Staates zu verstricken, um ihren eigenen ökonomischen Nutzen zu mehren.<sup>4</sup>

Die neuere Forschung hat noch einmal die Ansicht bestätigt, dass eine Reihe von Großunternehmen sogar zu „Mittägern“ im Rahmen der Herrschaftspraxis des Regimes wurden, dass viele mittlere und kleinere Gewerbetreibende zudem als „stille Teilhaber“ der NS-Wirtschaftspolitik direkt oder indirekt von der „Arisierung“ profitierten, worüber allerdings keine konkreten quantitativen Angaben vorliegen.<sup>5</sup> Die behördliche Regelung der „Arisierung“ und die Einschaltung zahlreicher bürokratischer und administrativer Instanzen ermöglichte auch einer Reihe von Personen und Unternehmen diese Form der „stillen Teilhaberschaft“, die ursprünglich nicht zu den Initiatoren und direkten Profiteuren der „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft zählten.<sup>6</sup>

Diese Diffundierung der „Teilhaberschaft“ lässt sich gut am Beispiel der „Arisierung“ des Essener Privatbankhauses Simon Hirschland und der damit zusammenhängenden Konflikte zwischen der zum Verkauf ihres Instituts gezwungenen Inhaberfamilie, den potenziellen Erwerbern, der Ministerialbürokratie in Berlin, den lokalen NS-Instanzen und den weiteren Nutznießern aus der Industrie illustrieren. Die „Arisierung“ von jüdischen Privatbankhäusern ist in den letzten Jahren mehrfach Gegenstand intensiver historischer Forschung gewesen. Unser Wissen ist dadurch erheblich erweitert worden.<sup>7</sup> Das Bankhaus Simon Hirschland ist einer der prominenten „Arisierungsfälle“, sodass er sich gut eignet, die Komplexität einer solchen Transaktion ebenso aufzuzeigen wie die verschiedenen Formen des ökonomischen Nutzens.<sup>8</sup>

## II. Das Bankhaus Hirschland in der deutschen Kreditwirtschaft bis zur Verschärfung der anti-jüdischen Maßnahmen

Das 1841 gegründete Bankhaus Simon Hirschland in Essen gehörte während der Zwischenkriegszeit zu den führenden Kreditinstituten in Deutschland. Nach der Währungsstabilisierung in den Jahren 1923/24 war es ihm gelungen, eine komfortable Nischenposition im Bankwesen zu besetzen, die auf seinen guten Kontakten zu amerikanischen Banken und

- 4 Henry A. Turner, Unternehmen unter dem Hakenkreuz, in: Lothar Gall/ Manfred Pohl (Hrsg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. München 1998, S. 15-24; Jonas Scherner, Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 51 (2006), S. 166-191.
- 5 Avraham Barkai, Die „stillen Teilhaber“ des NS-Regimes, in: Gall/ Pohl (Hrsg.), Unternehmen (wie Anm. 4), S. 117-121; Bajohr/ Pohl, Holocaust (wie Anm. 3), S. 32-37.
- 6 Barkai, Teilhaber (wie Anm. 5), S.118; ders., Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik. Frankfurt am Main 1988, S. 23 f.; siehe auch Alfons Kenkmann, Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden. Münster 1999.
- 7 Dazu vor allem Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im „Dritten Reich“. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung. München 2005.
- 8 Dieser Beitrag versteht sich nicht als Revision der bisherigen Forschungsergebnisse, sondern soll ergänzend einige bisher weniger beachtete Aspekte bei dieser komplizierten Transaktion aufzeigen.

der dadurch möglichen Vermittlung amerikanischen Kapitals für die deutsche Industrie beruhte. Eine Reihe von großen Unternehmen, vor allem aus der Schwerindustrie des Ruhrgebiets, nahm angesichts des nur bedingt funktionsfähigen deutschen Kapitalmarkts gerne das Angebot von Hirschland an, ihnen Anleihen bzw. Kredite zu vergleichsweise günstigen Konditionen in Amerika zu vermitteln.<sup>9</sup> Auch Unternehmen aus dem Flick-Konzern machten von dieser Offerte Gebrauch. In den Jahren vor und während der Weltwirtschaftskrise nahmen sie mehrfach umfangreiche Kredite bei Hirschland in Anspruch. Die kulante Bedienung in einer für den Flick-Konzern aufgrund von finanziellen und unternehmensorganisatorischen Problemen schwierigen Zeit führte dazu, dass Hirschland bis Mitte der Dreißigerjahre immer wieder als wichtiger Geldgeber für die Unternehmen Friedrich Flicks auftrat. Bei Hirschland konnte man zu Recht davon ausgehen, zu den wichtigen Bankverbindungen des Flick-Konzerns zu gehören.<sup>10</sup>

Während der Banken- und Finanzkrise der Jahre 1931/32 erlitt auch das Essener Institut erhebliche Verluste, konnte diese schwierige Zeit jedoch aus eigener Kraft überstehen. Schwierigkeiten bereiteten dem Bankhaus seine Engagements bei einigen Kohlenzechen und beim Kaufhaus-Konzern Karstadt, die sich jedoch durch umfangreiche Restrukturierungsmaßnahmen bzw. durch Abstoßen der Beteiligung beheben ließen.<sup>11</sup> Nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 änderte sich jedoch das operative Geschäft bei Hirschland wie bei vielen anderen Privatbankhäusern in Deutschland. Wegen der Restriktionen, die von den neuen Machthabern bei der Emission von Wertpapieren und im Devisenverkehr eingeführt wurden, musste auch Hirschland diese Geschäftsfelder, die zuvor wesentliche Säulen der Geschäftstätigkeit gewesen waren, deutlich einschränken. Erst ab 1936 durften wieder Industrieanleihen für rüstungswichtige Unternehmen emittiert werden. An den entsprechenden Transaktionen für Unternehmen der Schwerindustrie wie etwa Krupp oder die Gewerkschaft Mont Cenis aus dem Besitz des Flick-Konzerns war auch Hirschland beteiligt. Zudem gelang es, im Devisenverkehr und im Wertpapierhandel neue Geschäftsfelder zu erschließen und den Kunden finanztechnische Dienstleistungen anzubieten, solange dies die Bestimmungen der Reichsregierung und der neuen, für die Wirtschaftspolitik relevanten Institutionen wie etwa die Vierjahresplan-Behörde noch zuließen.<sup>12</sup>

9 Dazu Harald Wixforth/ Dieter Ziegler, *Deutsche Privatbanken und Privatbankiers im 20. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 205-235; Harald Wixforth, *Industriekredit und Kapitalmarktfinanzierung zwischen Reichsgründung und Weltwirtschaftskrise*, in: *Bankkredit oder Kapitalmarkt. Alternativen der Industriefinanzierung in Deutschland* (Bankhistorisches Archiv, Beiheft 40). Stuttgart 2002, S. 33-36; Keith Ulrich, *Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung von 1918 bis 1938* (Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung 20). Frankfurt am Main 1998, S. 133-154; Wilhelm Wisskirchen, *Burkhardt & Co. Privatbankiers im Herzen des Ruhrgebiets*, in: *Tradition* 2 (1957), S. 230 f.

10 Siehe zu den einzelnen Kreditoperationen den umfangreichen Schriftverkehr in Bundesarchiv Berlin (BA Berlin), 8122/186; 8122/189; 8122/190; 8122/191; 8122/193; ferner Keith Ulrich, *Das Privatbankhaus Simon Hirschland im Nationalsozialismus*, in: ders./ Manfred Köhler (Hrsg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert*. Essen 1995, S. 131 f.

11 Ulrich, *Hirschland* (wie Anm. 10), S. 132.

12 Ebd., S. 132 f.; Ingo Köhler, *Zwischen wirtschaftlicher Marginalisierung und politischer Verdrängung. Die Privatbankiers in Deutschland 1929-1935*, in: ders./ Peter Eigner (Hrsg.), *Privatbankiers in Mitteleuropa zwischen den Weltkriegen* (Geld und Kapital 7). Stuttgart 2005, S. 123-130.

Die vermeintliche „Normalität“ im operativen Geschäft konnte ab Mitte der Dreißigerjahre immer weniger darüber hinwegtäuschen, dass die jüdischen Privatbankhäuser in Deutschland aus rassenpolitischen Gründen häufiger Ziel heftiger Attacken von NS-Funktionären oder deren Parteigängern aus der Wirtschaft wurden. Der erste Bankier, der eine weitflächige „Arisierung“ jüdischer Privatbankhäuser forderte, war Kurt Freiherr von Schröder vom Kölner Bankhaus I. H. Stein. Als die Attacken gegen jüdische Privatbankiers zunahmen, beschäftigte man sich auch im Bankhaus Hirschland mit dem Gedanken, „arische“ Teilhaber aufzunehmen, um sich auf diese Weise vor weiteren Angriffen des NS-Herrschaftsapparats zu schützen. Erste Kontakte knüpfte man bei Hirschland zur Deutschen Bank, um hier einen möglichen Eintritt des Essener Filialleiters Gotthard von Falkenhausen in das Institut zu sondieren. Diese Gespräche waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt.<sup>13</sup>

Im Herbst 1937 wurden die Inhaber des Essener Bankhauses, Kurt Martin und Georg Hirschland, durch einen Bericht der Gestapo aufgeschreckt. In einem Brief der Außenstelle Essen an die Staatspolizeistelle in Düsseldorf wurde Hirschland als „ein Mittelpunkt der jüdischen Finanzherrschaft im Ruhrgebiet“ bezeichnet. Ferner hieß es in dem diffamierenden Schreiben, bei Hirschland „seien krumme Dinge und Unregelmäßigkeiten“ vorgekommen, während „die Macht und der Einfluss der jüdischen Hochfinanz auch heute noch unverändert sei.“<sup>14</sup> Die Inhaber des Essener Bankhauses erkannten nun in aller Deutlichkeit, dass sie angesichts des rüden Tonfalls des NS-Herrschaftsapparats mit Repressalien rechnen mussten. Sie sahen sich daher gezwungen, die Verhandlungen über die „Überleitung“ ihres Bankhauses in „arische Hände“ zu forcieren. Sie nahmen Kontakt mit dem Reichsbankdirektorium und mit Vertretern des Reichskommissariats für das Kreditwesen auf, um wegen möglicher Interessenten, aber auch wegen der Modalitäten einer solchen Transaktion vorzufühlen.

Beide Behörden signalisierten dem Essener Bankhaus, dass man es angesichts seiner vielfältigen Auslandskontakte unbedingt erhalten wolle, eine Liquidation daher nicht in Frage komme. Konkrete Maßnahmen oder ernsthafte Interessenten für einen Erwerb nannten sie jedoch nicht. Bis Anfang 1938 wurden die beiden Teilhaber hingehalten, dann gab ihnen ein Direktor der Reichsbank zu verstehen, dass Hirschland seine Bemühungen um die Veräußerung des Bankhauses intensivieren müsse.<sup>15</sup>

### III. Die ersten Verhandlungen über die „Arisierung“ des Bankhauses Hirschland

Seit dem Frühjahr 1938 bemühten sich vor allem die Dresdner Bank, die Westfalenbank in Bochum, die der Deutschen Arbeitsfront nahestehende Nationalbank AG aus Essen, aber auch die Reichs-Kredit-Gesellschaft um eine vollständige Übernahme des Bankhauses

13 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 136; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 374 f.

14 Zit. n. Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 136; siehe auch Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 374.

15 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 136 f.; ders., Aufstieg (wie Anm. 9), S. 334; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 375; Harold James, Die Deutsche Bank und die „Arisierung“. München 2001, S. 77.

Hirschland. Daneben liefen die Gespräche mit der Deutschen Bank weiter. Die Leitung der Reichsbank, aber auch das Reichskommissariat für das Kreditwesen bestätigten in diesem Zusammenhang mehrfach ihren Wunsch, das Bankhaus zu erhalten und auf ein leistungsstarkes Institut aus der Kreditwirtschaft „überzuleiten.“ Eine Liquidation des Essener Bankhauses sei zu umgehen, um Störungen im internationalen Devisenverkehr und bei der Bedienung von Stillhaltecrediten im Ausland zu vermeiden.<sup>16</sup> Daher müsse als „aufnehmendes“ Institut eine leistungsstarke Bank gefunden werden. Banken ohne ausreichende Kapitalbasis, die sich zudem nur auf die Mittelstandsfinanzierung konzentrierten, wie etwa die Westfalenbank oder die Essener Nationalbank, seien daher in den Übernahmeverhandlungen nicht zu berücksichtigen, so die Argumentation der Reichsbank und des Reichskommissariats. Andererseits wollte der Leiter dieser Berliner Behörde, Reichskommissar Friedrich Ernst, keine der Berliner Großbanken bevorzugen, indem er ihr eine komplette Übernahme des Essener Privatbankhauses gestattete.<sup>17</sup>

Die Familie Hirschland selber setzte auf eine Verständigung mit der Deutschen Bank. Sie vertraute zunächst darauf, auf der Basis langer freundschaftlicher Beziehungen zu Gotthard von Falkenhausen, aber auch zu Karl Kimmich aus dem Vorstand der Deutschen Bank eine für sie akzeptable Lösung zu finden. Kurt Martin und Georg Hirschland hofften, ihre Bank als selbständiges Institut mit einer anderen Bank als strategischem Partner zu erhalten.<sup>18</sup> In den ersten Gesprächen mit Kimmich ergaben sich jedoch einige Probleme, die nicht leicht zu lösen waren: der Transfer von Vermögenswerten und Devisen ins Ausland als Entschädigung für den Verkauf des Bankhauses Hirschland, die umfangreichen so genannten „Stillhaltecredite“ des Instituts sowie die Übertragung der Haftung der Geschäftsinhaber auf die Deutsche Bank. Aufgrund der anstehenden Probleme zogen sich die Gespräche mit der Deutschen Bank bis zum Sommer 1938 hin, bevor ein erster „Überleitungsplan“ für das Bankhaus Hirschland erstellt wurde.<sup>19</sup>

Am 11. Juli 1938 hatte der „Überleitungsplan“ konkrete Konturen angenommen. Er sah vor, dass sich außer der Deutschen Bank auch das Münchner Privatbankhaus Merck, Finck & Co. an dem in eine Kommandit-Gesellschaft umgewandelten Essener Bankhaus beteiligen sollte. Als weitere Kommanditisten waren einige Ruhrindustrielle sowie die Bank für Industrieobligationen (Bafio) vorgesehen. Mit dieser Regelung sollte ein zu dominanter Einfluss der Deutschen Bank beim Essener Institut vermieden werden. Nach dem „Überleitungsplan“ sollten Otto Burkhardt, Vorstandsmitglied des Textil-Konzerns Christian Dierig AG, und Gotthard von Falkenhausen als persönlich haftende Gesell-

16 Stillhaltecredite waren von ausländischen Banken in Devisen gewährte Kredite, die deutsche Bankhäuser an ihre Kundschaft weiterreichen konnten. Angesichts der Devisennot der deutschen Wirtschaft während der NS-Diktatur kam ihnen oft eine zentrale Bedeutung bei der Finanzierung des Außenhandels zu.

17 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 137; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 375; Historisches Archiv der Dresdner Bank AG (HADrB), Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Fritz Andrés, Leiter der Konsortialabteilung, 26. Juli 1938.

18 Offenbar war man bei Hirschland mit der Verhandlungsführung und den Angeboten der Deutschen Bank trotz der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen durchaus zufrieden. In diesem Sinne äußerte sich jedenfalls ein Mitglied der Familie Hirschland gegenüber einem Vertrauten Friedrich Flicks, Konrad Kaletsch, in einem Gespräch Mitte Juli 1938. BA Berlin, 8122/6, Notiz Kaletsch für Herrn Flick, 18. Juli 1938.

19 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 137; James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 77; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 376.

schafter in das Essener Bankhaus eintreten, das seinen Namen in Burkhardt & Co. ändern sollte. Von Falkenhausen erhielt die Zusage, dass er im Falle eines Scheiterns des neuen Instituts wieder in eine Stellung bei der Deutschen Bank zurückkehren könne. Mit den im „Überleitungsplan“ festgelegten Modalitäten glaubte man sowohl bei der Deutschen Bank als auch in der Familie Hirschland, den Forderungen der Reichsbehörden in Berlin und des NSDAP-Herrschaftsapparats in Westdeutschland gerecht zu werden.<sup>20</sup> Die Beteiligung von Ruhrindustriellen an dem neuen Bankhaus, eine für diese Zeit sicherlich sehr ungewöhnliche Maßnahme, sollte dazu dienen, seine Kapitalbasis zu verbreitern. Zudem war es als ein bewusstes Signal zu verstehen, dass Burkhardt & Co. weiterhin in seiner Geschäftstätigkeit im Ruhrgebiet verankert bleiben sollte.<sup>21</sup>

Zu einer Unterzeichnung eines Vorvertrags über die „Überleitung“ nach dem im Plan vom 11. Juli 1938 skizzierten Modell kam es jedoch nicht, da der Essener Gauleiter Josef Terboven und sein Wirtschaftsberater Paul Hoffmann ihn als „völlig indiskutabel“ ablehnten. Sie forderten die Liquidation von Simon Hirschland und die Aufteilung des Geschäfts auf die in Essen domizilierenden Banken. Das Essener Bankwesen sei ohnehin „übersetzt“, sodass für den Fortbestand des Bankhauses unter anderem Namen keine Notwendigkeit bestehe.<sup>22</sup> Dieses Argument war jedoch nur vorgeschoben. Tatsächlich wollte die Gauleitung kein Privatbankhaus in ihrem Bezirk, das sich aufgrund der fehlenden Publizitätspflicht nicht so leicht kontrollieren ließ wie die Filialen der Großbanken. Zudem war beabsichtigt, durch die Aufteilung des Geschäfts von Hirschland auf verschiedene Banken auch regional operierende Institute wie etwa die Nationalbank oder die Westfalenbank zu stärken und keineswegs eine dominante Stellung der Deutschen Bank im Revier zuzulassen.<sup>23</sup> Damit lag die Essener Gauleitung auf der Linie der Parteideologen und NS-Funktionäre, die seit der Reorganisation des Bankwesens im Jahre 1933 immer wieder den Ausbau von regionalen Instituten auf Kosten der Großbanken gefordert hatten.<sup>24</sup>

20 Zum Vertragsentwurf siehe BA Berlin, 8122/6, Schreiben des Reichskommissariats für das Kreditwesen an Friedrich Flick samt Vertragsentwurf für die Gründung der neuen Bankfirma Burkhardt & Co. in Essen, 29. August 1938. Vgl. auch Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 376 f.

21 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 137; HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 27. Juli 1938.

22 BA Berlin, 31.01/15515, Schreiben des Gauwirtschaftsberaters Hoffmann an Reichswirtschaftsminister Funk, 12. Juli 1938; HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 27. Juli 1938.

23 Ebd.; vgl. auch Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 377.

24 BA Berlin, 31.01/15515, Aktennotiz des Anwalts der Familie Hirschland, Fritz Fenthol, 31. Juli 1938; vgl. auch Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 138; James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 78. Ab Mitte der 1930er Jahre hatte zum Beispiel der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann immer wieder lautstark die Stärkung der Regionalbanken gegenüber den Großbanken gefordert. Vgl. dazu: Rossiskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv v Moskve (RGVA Moskau), Fond 1458, Findbuch 1, Akte 380, Bl. 46 ff., Schreiben des Reichskommissars für das Kreditwesen, Friedrich Ernst, an Mutschmann, 24. Dezember 1935; Antwortschreiben Mutschmanns, 16. Januar 1936; ferner allgemein zu den Diskussionen über die Struktur des deutschen Bankwesens vor und während des Zweiten Weltkriegs Johannes Bähr, „Bankenrationalisierung“ und Großbankenfrage. Der Konflikt um die Ordnung des deutschen Kreditgewerbes während des Zweiten Weltkriegs, in: Harald Wixforth (Hrsg.), Finanzinstitutionen in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus (Geld und Kapital 4). Stuttgart 2001, S. 72-75.

Die Ablehnung des „Überleitungsplans“ durch die Gauleitung versuchten andere Kreditinstitute sofort zu ihren Gunsten zu nutzen. Vor allem die Dresdner Bank und die Essener Nationalbank leiteten Maßnahmen ein, um den „Überleitungsplan“ endgültig zu Fall zu bringen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Nationalbank, der Essener Verleger und Sonderbeauftragte des Gauleiters, Wolfgang Müller-Clemm, sondierte bei der Reichsbank, im Reichswirtschaftsministerium und im Reichskommissariat für das Kreditwesen, um eine für sein Institut günstige Lösung zu erreichen. Zu diesem Zweck ging er auch eine Allianz mit der Dresdner Bank ein, die natürlich ein großes Interesse hatte, ihrer alten Rivalin Deutsche Bank die „Beute“ streitig zu machen.<sup>25</sup>

Bei der Dresdner Bank verfolgte man eine Doppelstrategie. Zwei Mitarbeiter als „Fachleute“ für komplizierte „Arisierungsfragen“, Hugo Ratzmann und Leonhard Stitz-Ulrici, erhielten den Auftrag, zusammen mit Müller-Clemm den Status und die Rentabilität von Simon Hirschland zu überprüfen. Einige Vorstandsmitglieder wie Karl Rasche oder Carl Lüer sondierten zugleich dagegen im Reichswirtschaftsministerium, ob bei der „Arisierung“ des Essener Instituts eine Lösung im Sinne ihrer Bank zu erreichen war.<sup>26</sup> Diese Gespräche zogen sich jedoch den gesamten Juli über hin, ohne dass eine konkrete Verständigung über ein neues Modell für eine „Überleitung“ erzielt werden konnte. Die Dresdner Bank versuchte weiterhin, ihre Vorstandsmitglieder Rasche und Lüer bei den Berliner Behörden gegen die Deutsche Bank in Stellung zu bringen, während sie gleichzeitig die Allianz mit der Nationalbank intensivierte. In dem Konflikt der Kreditinstitute drohte die Familie Hirschland zwischen die Fronten zu geraten. Die Lage wurde zudem immer problematischer, da sich die Gauleitung in Essen nicht von den Schwierigkeiten bei der Bedienung der Stillhalte Kredite überzeugen lassen wollte, sollte das Bankhaus Hirschland liquidiert und aufgeteilt werden.<sup>27</sup>

Auf einer Ressortbesprechung am 2. August 1938, an der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsbank, des Reichskommissars für das Kreditwesen und der Gauleitung in Essen teilnahmen, ließ sich nach intensiver Diskussion eine Verständigung darüber erzielen, das Bankhaus nicht zu liquidieren, sondern – wie anfangs vorgesehen – auf eine neue „arische“ Bankfirma „überzuleiten“. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war das Problem der Stillhalte Kredite und ihrer Bedienung. Da die Deutsche Bank sich zudem bereit erklärte, einen Teil dieser Kredite zu übernehmen, und auch die englischen und schweizer Gläubiger dieser Regelung zustimmten, war die Gefahr einer Liquidation des Bankhauses Hirschland gebannt. Offen war noch die Frage, wer sich mit welcher Summe an dem neuen Bankhaus Burkhardt & Co. beteiligen würde. Hier mussten die Deutsche Bank, aber auch die Berliner Behörden noch Überzeugungsarbeit leisten, um eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu erreichen.<sup>28</sup>

25 HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 26. Juli 1938; vgl. auch Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 377.

26 HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 26. Juli 1938.

27 Ebd.; Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 139; James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 78 f.

28 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 139; James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 79; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 378; siehe auch HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 27. Juli 1938; Aktennotiz Max Bardroffs, 5. August 1938.

Ende Juli/ Anfang August 1938 lag das Gesetz des Handelns zum einen bei der Deutschen Bank und ihrem Vorstandsmitglied Karl Kimmich, zum anderen bei der Gauleitung in Essen mit ihrem Vertrauten, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Nationalbank, Müller-Clemm, sowie bei den Ruhrindustriellen Thyssen und Flick, die für ein Engagement bei dem neuen Bankhaus vorgesehen waren. Während Kimmich in geheimen Verhandlungen versuchte, eine Allianz mit der Nationalbank herzustellen und nur diese beiden Banken an der „Überleitung“ zu beteiligen, sondierte Müller-Clemm auch intensiv bei der Dresdner Bank und deren Kommandite Hardy & Co., um hier Unterstützung für eine Beteiligung an der neuen Privatbankfirma Burkhardt & Co. zu erhalten. Müller-Clemm musste in Gesprächen bei der Dresdner Bank und bei Hardy & Co. einräumen, dass sein Institut allein zu kapitalschwach war, um neben der Deutschen Bank das notwendige Kommanditkapital aufzubringen. Er hoffte darauf, dass sich die Dresdner Bank sowie Hardy & Co. ebenfalls zu einem solchen Schritt entschließen würden. Beide Institute waren nach internen Beratungen durchaus nicht abgeneigt, sich bei Burkhardt & Co. zu engagieren, lehnten es aber ab, Kapital in ein Institut zu investieren, das von der Deutschen Bank maßgeblich beeinflusst wurde. Zudem machten sie weitere Überlegungen davon abhängig, wie sich andere Privatbankfirmen, etwa Merck, Finck & Co., und die Ruhrindustriellen mit Blick auf ein Engagement bei Burkhardt & Co. entscheiden würden. Gerade von ihnen hing es daher ab, ob sich eine schnelle Lösung bei der Durchführung der „Arisierung“ von Simon Hirschland erreichen ließ.<sup>29</sup>

#### IV. Die Beteiligung des Flick-Konzerns

Bereits seit den ersten Gesprächen über die „Überleitung“ des Bankhauses Hirschland stand zur Debatte, namhafte Ruhrindustrielle an dem neuen Bankinstitut zu beteiligen. In diesem Zusammenhang fiel auch der Name Friedrich Flicks. Eine erste konkrete Anfrage, sich bei der „Umgründung“ des Bankhauses Hirschland zu engagieren, erhielt Flick im Mai 1938 von der Deutschen Bank. Deren Direktor Karl Kimmich versuchte ihn davon zu überzeugen, dass er hier Geld investieren müsse, zumal Krupp und Thyssen ebenfalls ihre Absicht signalisiert hatten, einen solchen Schritt zu tun. Als Betrag für eine Beteiligung an der Umgründung stand die gleiche Summe von 500.000 RM im Raum, mit der sich auch Krupp und Thyssen finanziell engagieren wollten.<sup>30</sup> Flick zögerte zunächst, auf die Anfrage der Deutschen Bank einzugehen, da er „nach außen nicht gern in Erscheinung“ treten wollte, wie sein Generalbevollmächtigter Steinbrinck in einem Memorandum für seinen Kollegen und Flicks Vertrauensmann Konrad Kaletsch betonte.<sup>31</sup>

29 HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Bardroffs, 28. August 1938.

30 BA Berlin, 8122/6, Notiz Steinbrincks für Kaletsch, 30. Mai 1938. Kimmich nannte in seiner Unterredung mit Flick folgende Unternehmen, die sich an der „Umgründung“ des Bankhauses beteiligen wollten: Die Deutsche Bank mit drei Mio. RM, das Bankhaus Merck, Finck & Co. mit einer Mio. RM, Krupp und Thyssen mit jeweils 500.000 RM und das Kölner Bankhaus Pferdenges & Co. ebenfalls mit 500.000 RM.

31 Ebd.



Eine Entscheidung in dieser Angelegenheit war für Flick durchaus nicht einfach. Zum einen erschien es ihm reizvoll, durch eine Kapitalbeteiligung Einfluss auf ein auch in Zukunft wichtiges Bankhaus des Ruhrgebiets und dessen Besitz an Industriewerten – vor allem der Zeche Ewald – zu gewinnen. Zum anderen verfolgte Flick im Jahre 1938 aber die Strategie, seinen Konzern vor allem durch weitere Zukäufe und Arrondierungen in Mittel- und Ostdeutschland zu erweitern, während er keine neuen größeren Aktivitäten im Ruhrgebiet beginnen wollte.<sup>32</sup> Anfang Juli 1938 hatte Flick eine erste Entscheidung getroffen. Er ließ verlautbaren, dass sich sein Konzern an der „neuen“ Bankfirma mit einer Einlage in Höhe von 500.000 RM beteiligen würde. Der Grund für seinen Entschluss ist wohl in erster Linie im finanziellen Engagement von konkurrierenden Firmen der Schwerindustrie bei dieser Transaktion zu sehen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass Flick die Chance erkannte, seine Beziehungen zur Deutschen Bank durch eine Mitwirkung an der „Arisierung“ des Essener Instituts zu intensivieren. Kimmich hatte ihn seit Mai 1938 häufiger zu einem solchen Schritt gedrängt, wovon er sich eine Erleichterung bei der Lösung der anstehenden Probleme mit den Berliner bzw. Essener Behörden und NSDAP-Stellen versprach. Da Flick gerade zu diesem Zeitpunkt die Dienste der großen deutschen Kreditinstitute für seinen weiteren Konzernausbau in Anspruch nehmen musste, wollte er gegenüber der Deutschen Bank Entgegenkommen zeigen, um sich deren Unterstützung bei späteren Transaktionen zu sichern.<sup>33</sup>

Flick wollte aber auch nicht die Dresdner Bank verprellen, in deren Aufsichtsrat er saß und mit der er über Jahre hinweg intensive Geschäftsbeziehungen gepflegt hatte. Im Sommer 1938 gab es zudem erste Anzeichen dafür, dass die Dresdner Bank bei einigen Entscheidungsträgern in der Vierjahresplan-Behörde auf mehr Rückendeckung in industri- und rüstungspolitischen „Neuordnungsfragen“ rechnen konnte als die Deutsche Bank. Gerade mit Blick auf die bereits begonnenen Verhandlungen über die „Arisierung“ der Betriebe aus dem Petschek-Konzern in Mittel- und Ostdeutschland, an denen Flick großes Interesse zeigte, durfte Flick auch die Dresdner Bank nicht brüskieren, indem er zu eindeutig den Wünschen der Deutschen Bank folgte.<sup>34</sup>

Ein weiterer Faktor, den Flick in sein Kalkül mit einzubeziehen hatte, war die Haltung der Politik. Vertreter der NSDAP und der Essener Gauleitung drängten Flick, sich an einem „arisierten“ Bankhaus Hirschland zu beteiligen. Sie sahen darin eine willkommene Gelegenheit, die Kapitalbasis des Instituts durch eine Einlage des Flick-Konzerns zu verbreitern. Zudem erhofften sie sich dadurch eine Art Signalwirkung, wenn eine „Privatbank, die im Westen immerhin eine erhebliche Bedeutung gehabt habe“, durch eine möglichst „breite Beteiligung von Unternehmen der Ruhrindustrie erhalten blieb“.<sup>35</sup> Aus diesem Grund verlangten die Essener Gauleitung und der Gauwirtschaftsberater Hoffmann auch, dass Flick im „neuen Bankhaus“ offen und direkt als Kommanditist in Erscheinung treten solle.<sup>36</sup>

32 BA Berlin, 8122/6, Aktennotiz Kaletsch für Herrn Flick, 18. Juli 1938.

33 BA Berlin, 8122/6, Notiz Flicks für Steinbrinck und Kaletsch, 5. Juli 1938.

34 BA Berlin, 8122/6, Notiz Steinbrincks für Herrn Flick, 30. August 1938; zu den Verhandlungen über die „Arisierung“ der Petschek-Betriebe in Deutschland siehe das umfangreiche Material in BA Berlin, 31.01/31005; 31.01/31006; 31.01/31007; 31.01/31008; 31.01/31009; 31.01/31010; 8122/1070, 8122/1081, 8122/1111; 8122/1112; 8122/1113; 8122/1114.

35 BA Berlin, 8122/6, Notiz Kaletsch für Flick, 18. Juli 1938.

36 BA Berlin, 8122/6, Notiz Steinbrincks für Herrn Flick, 30. August 1938.

Nicht auszuschließen ist, dass Flick darauf spekulierte, aufgrund des Engagements bei Hirschland zum gegebenen Zeitpunkt auch dessen nicht unerheblichen Besitz an Industriebeteiligungen übernehmen zu können. Sein Vertrauter Konrad Kaletsch fragte jedenfalls bereits bei den ersten Gesprächen mit lokalen Vertretern der NSDAP in Essen nach, ob sich diese ein solches Szenario vorstellen könnten. Für einen solchen Fall musste Flick an guten und störungsfreien Beziehungen zu den lokalen NSDAP-Entscheidungsträgern interessiert sein. Zudem musste er auch mit Blick auf mögliche Produktionserweiterungen seiner Betriebe im Ruhrgebiet darauf achten, sich die Rückendeckung der Parteinstanzen in dieser Region zu verschaffen bzw. zu erhalten.<sup>37</sup>

Für eine Beteiligung des Flick-Konzerns an der „Arisierung“ und „Umgründung“ des Essener Bankhauses Hirschland gab es also ebenso gute Gründe wie für die Ablehnung eines solchen Schrittes. Fraglos ging die Initiative für eine mögliche Beteiligung von der Deutschen Bank bzw. deren Vorstandsmitglied Karl Kimmich aus. Flick erkannte jedoch die Chancen eines solchen Schritts und war nach anfänglichem Zögern bereit, sich bei Hirschland zu engagieren.<sup>38</sup>

Angesichts der auch im August 1938 anhaltenden Widerstände gegen die in der Ressortbesprechung festgelegten Modalitäten für die „Arisierung“ von Simon Hirschland zog Flick jedoch bald seine Entscheidung in Zweifel. So ließ er durch die Deutsche Bank sondieren, ob nicht der Krupp-Konzern an seiner Stelle als Kommanditist bei Burkhardt & Co. eintreten wolle. Zudem ließ er prüfen, ob sich nicht eine seiner Konzerngesellschaften im Ruhrgebiet, die Harpener Bergbau AG oder die Essener Steinkohlenbergwerke AG, an dem neuen Bankhaus beteiligen könnte. Im Laufe des Spätsommers und des Herbstes 1938 gewann Flick wohl immer mehr die Überzeugung, dass es von größerer Bedeutung war, Irritationen mit den Berliner Behörden, aber auch der Dresdner Bank zu vermeiden, als unbedingt ein störungsfreies Verhältnis mit der Essener Gauleitung aufrechtzuerhalten. Die politische Lage veränderte sich in dieser Zeit rasant, sodass Flick darauf hoffte, seinen Konzern durch neue Akquisitionen etwa im Sudetenland deutlich erweitern zu können. Strategische Überlegungen im Hinblick auf seine Position im Ruhrgebiet schienen ihm dagegen zu diesem Zeitpunkt weniger wichtig.<sup>39</sup>

Aus diesem Grund ließ er seinen Generalbevollmächtigten Otto Steinbrinck einen Brief an den Essener Gauwirtschaftsberater Paul Hoffmann verfassen, in dem er massiv dafür warb, den Krupp-Konzern anstelle Flicks als Kommanditisten für das neue Essener Bankhaus zu benennen. Sollte Krupp jedoch ablehnen, so verlangte Flick von der Essener Gauleitung, in einem offiziellen Schreiben explizit dazu aufgefordert zu werden, sich mit einer Einlage an Burkhardt & Co. zu beteiligen.<sup>40</sup> Diese politische Rückendeckung schien

37 Ebd.

38 BA Berlin, 8122/6, Notiz Kaletsch für Flick, 18. Juli 1938.

39 BA Berlin, 8122/6, Notiz Steinbrincks für Herrn Flick, 30. August 1938.

40 BA Berlin, 8122/6, Brief Steinbrincks an Paul Hoffmann, 31. August 1938. Hier hieß es u. a. : „Für uns als Mitteldeutsche Stahlwerke hatte Herr Flick die Zusage unter ganz anderen Bedingungen gemacht. Wir wussten nicht, dass wir nun nach außen hin in Erscheinung treten müssen, was naturgemäß einiges Aufsehen erregen kann, weil die Mitteldeutschen Stahlwerke an der Ruhr direkte Interessen nicht zu vertreten haben.“ Vgl. auch Aktennotiz Steinbrincks für Flick vom gleichen Tag (ebd.). Die Mitteldeutschen Stahlwerke waren zu diesem Zeitpunkt eines der wichtigsten Unternehmen im Flick-Konzern, in dem Flick seine Interessen in der mittel- und ostdeutschen Eisen- und Stahlindustrie gebündelt hatte.

Flick umso mehr angebracht zu sein, als er inzwischen durch den Vorstandsvorsitzenden eines seiner Konzern-Unternehmen, der Essener Steinkohlenbergwerke AG, erfahren hatte, dass sich Krupp aufgrund einer Entscheidung Gustav Krupps von Bohlen und Halbach auf keinen Fall bei Burkhardt & Co. engagieren wollte und dafür bereits das Plazet der Essener Gauleitung erhalten hatte. Umgekehrt hatte Steinbrinck auf einer Sitzung im Reichskommissariat für das Kreditwesen am 29. August 1938 zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Dresdner Bank auf Weisung von Reichskommissar Friedrich Ernst auf keinen Fall an der „Umgründung“ des Essener Bankhauses beteiligen durfte. Ernst hatte bei dieser Gelegenheit entschieden, dass nur die Deutsche Bank, die Nationalbank, das Münchener Privatbankhaus Merck, Finck & Co. sowie die Bank für Industrieobligationen als Kommanditisten aus der deutschen Kreditwirtschaft heranzuziehen seien. Die Dresdner Bank hatte daraufhin durchblicken lassen, dass sie „irritiert“ reagieren würde, sollte auch Flick an der „Umgründung“ von Simon Hirschland mitwirken. Einem Konflikt mit der Dresdner Bank wollte Flick im Spätsommer 1938 jedoch vermeiden, sodass er weiterhin nach Lösungen suchte, um den Interessen aller Beteiligten möglichst gerecht zu werden.<sup>41</sup>

Flicks Taktieren sorgte zunehmend für Verärgerung nicht nur bei Mitgliedern der Familie Hirschland und der Deutschen Bank, sondern auch bei der Gauleitung in Essen, da sich dadurch der Abschluss eines Kommandit-Vertrags weiter verzögerte. Flick wollte jedoch keine schnelle Entscheidung treffen, solange seine Forderungen nicht erfüllt waren. Zudem wuchs seine Verärgerung, als die Gauleitung in Essen vorschlug, Flick könne sich als Teilhaber bei Burkhardt & Co. „nach außen bedeckt halten“, sofern er sein Stimmrecht und seinen Einfluss an die Nationalbank abtreten würde. Wie Gauwirtschaftsberater Hoffmann gegenüber Steinbrinck zu erkennen gab, sah die Gauleitung darin ein Mittel, um den „weiterhin überragenden Einfluss“ der Deutschen Bank beim Bankhaus Burkhardt & Co. einzudämmen. Für ein solches Manöver wollte sich Flick jedoch nicht zur Verfügung stellen, wie er gegenüber Karl Kimmich und anderen Direktoren der Deutschen Bank betonte.<sup>42</sup>

Angesichts der dilatorischen Haltung des Flick-Konzerns und der generellen Schwierigkeit, Kommanditisten für Burkhardt & Co. zu finden, die sowohl die Zustimmung der Essener Gauleitung, der Berliner Behörden als auch der Reichsbank und der Deutschen Bank fanden, suchten deren Direktoren zusammen mit Flicks Generalbevollmächtigten Steinbrinck und Kaletsch nach einer Lösung, um die bisher ins Auge gefasste Konstruktion für eine „Überleitung“ des Bankhauses Simon Hirschland nicht zu gefährden. Den

Dazu Kim C. Priemel/ Alfred Reckendrees, Politik als produktive Kraft. Der Gelsenberg-Skandal und die Krise des Flick-Konzerns, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/2006, S. 172-179. Auf die Diskussionen im Krupp-Direktorium, ob man sich an der „Arisierung“ von Simon Hirschland beteiligen sollte, geht Werner Abelschäuser in seinem Beitrag über Krupp während der NS-Diktatur nicht näher ein. Vgl. Werner Abelschäuser, Rüstungsschmiede der Nation? Der Krupp-Konzern im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1951, in: Lothar Gall (Hrsg.), Krupp im 20. Jahrhundert. Berlin 2002, vor allem S. 354-373.

41 BA Berlin, 8122/6, Aktennotiz Steinbrincks über eine Sitzung im Reichskommissariat für das Kreditwesen, 29. August 1938; Aktennotiz Steinbrincks für Flick, 2. September 1938.

42 BA Berlin, 8122/6, Brief Hoffmanns an Steinbrinck, 5. September 1938; Aktennotiz Kaletsch, 6. September 1938; Aktennotiz Kaletsch über eine Unterredung mit Direktor Abshagen von der Deutschen Bank, 12. September 1938.

Verantwortlichen bei der Deutschen Bank war ebenso wie den Mitgliedern der Familie Hirschland klar, dass eine rasche Einigung erzielt werden musste, da sonst die Essener Gauleitung wieder die Liquidation des Bankhauses forcieren würde.

Nach einer Reihe weiterer Verhandlungen zeichnete sich Mitte September 1938 eine neue Lösung des Problems ab. Nicht Flick selbst oder seine Mitteldeutschen Stahlwerke, sondern die Essener Steinkohlenbergwerke AG, an denen Flick maßgeblich beteiligt war, sollten sich mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 500.000 RM bei Burkhardt & Co. engagieren. Die Mitteldeutschen Stahlwerke erklärten sich bereit, der Essener Steinkohlenbergwerke AG den für die Kommanditeinlage erforderlichen Betrag zur Verfügung zu stellen, verlangten dafür aber im Gegenzug die Einkünfte aus dem Engagement beim neuen Essener Bankhaus.<sup>43</sup> Mit dieser Lösung konnte man sich sowohl im Flick-Konzern als auch bei der Deutschen Bank, im Reichskommissariat für das Kreditwesen und bei der Reichsbank arrangieren. Selbst die Essener Gauleitung akzeptierte nach anfänglichem Zögern aufgrund der geschlossenen Haltung der Berliner Behörden das ins Auge gefasste Verfahren. Flick verlangte für diese Lösung aber auch einen Preis: den Verzicht auf jegliche Bindung der Stimmrechte im Sinne der Nationalbank, um die „engen freundschaftlichen Beziehungen“ zur Deutschen Bank, zur Bank für Industrieobligationen und zu Merck, Finck & Co. nicht zu gefährden. Die Essener Gauleitung erklärte schließlich auch mit diesem Ansinnen einverstanden.<sup>44</sup>

Nachdem innerhalb des Flick-Konzerns noch offene Fragen über finanztechnische Einzelheiten geklärt worden waren,<sup>45</sup> erteilte der Reichskommissar für das Kreditwesen am 1. September 1938 die endgültige Genehmigung für die „Arisierung“ des Bankhauses Hirschland. Am 5. Oktober 1938 wurde der „Überleitungs“- und Kommanditvertrag zur Gründung des Bankhauses Burkhardt & Co. unterzeichnet. Dieser Vertrag legte folgende Kommanditbeteiligung an dem neuen Essener Bankhaus fest: Deutsche Bank 2,5 Mio. RM, Nationalbank in Essen eine Mio. RM, Essener Steinkohlebergwerke AG 500.000 RM sowie die Bank für deutsche Industrieobligationen, das Bankhaus Merck, Finck & Co. und die Gewerkschaft August Thyssen-Hütte ebenfalls jeweils 500.000 RM. Die beiden Komplementäre Gotthard von Falkenhausen und Otto Burkhardt brachten jeweils eine Einlage von 500.000 RM in das neue Bankhaus ein. Der dominierende Einfluss der Deutschen Bank wird nicht nur durch ihre Kapitalbeteiligung dokumentiert, sondern auch

43 BA Berlin, 8122/6, Brief Steinbrincks und Kaletsch an die Deutsche Bank, z. Hd. Herrn Direktor Abshagen, 15. September 1938; Antwortschreiben der Deutschen Bank (Oswald Rösler und Otto Abshagen) an die Mitteldeutschen Stahlwerke, 16. September 1938. In dem 1938 bereits wieder erheblich verschachtelten Flick-Konzern besaß die Harpener Bergbau AG mit einer Beteiligung von ca. 80 Prozent den entscheidenden Einfluss bei den Essener Steinkohlenbergwerke AG. Die Friedrich Flick KG als Holdinggesellschaft des Flick-Konzerns war mit 100 Prozent an der Gesellschaft für Montaninteressen beteiligt, die ihrerseits Mehrheitsgesellschafterin bei der Harpener Bergbau AG war. Vgl. Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 5, NI-367, Affidavit von Konrad Kaletsch, 11. Juli 1946.

44 BA Berlin, 8122/6, Brief der Mitteldeutschen Stahlwerke an die Essener Steinkohlenbergwerke AG, 17. September 1938; Brief Steinbrincks an Hoffmann; 19. September 1938; Brief der Essener Steinkohlenbergwerke AG an die Mitteldeutschen Stahlwerke, 20. September 1938.

45 Vgl. BA Berlin, 8122/6, Aktennotiz Kaletsch für Steinbrinck, 30. Oktober 1938; Entwurf I über die Beteiligung der Essener Steinkohlenbergwerke AG an Burkhardt & Co., 6. Oktober 1938; Brief Kaletsch an Dr. Streese von der Essener Steinkohlenbergwerke AG, 5. Oktober 1938; Brief Kaletsch an die Essener Steinkohlenbergwerke AG, 17. Oktober 1938.

durch die Tatsache, dass sie den beiden neuen Gesellschaftern die Mittel für ihre Einlage durch einen Kredit zur Verfügung stellte.<sup>46</sup>

Nach einem fast halbjährigen Konflikt ließ sich endlich eine Lösung bei der „Arisierung“ des Bankhauses Hirschland erreichen. Die Deutsche Bank konnte dabei offensichtlich ihre Kontakte zur Berliner Ministerialbürokratie mit Erfolg mobilisieren und daher ihre Interessen gegenüber der Essener Gauleitung durchsetzen. Damit ließ sich die Liquidation eines bedeutenden deutschen Privatbankhauses der Zwischenkriegszeit umgehen bzw. ein wichtiges Institut für die Kreditwirtschaft des Ruhrgebiets erhalten, wenn auch unter neuem Namen und mit neuen Inhabern. Für den Flick-Konzern besaß die Beteiligung an Burkhardt & Co. in den folgenden Jahren keine größere strategische Bedeutung. Dennoch war dieses Engagement einträglich. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen während des Zweiten Weltkriegs konnte Burkhardt & Co. zumindest für 1939 und 1940 eine befriedigende Geschäftsentwicklung vorweisen und an seine Kommanditisten eine Rendite von sechs Prozent ausschütten.<sup>47</sup> Die Essener Steinkohlenbergwerke AG reichte die auf sie entfallende Summe in Höhe von 30.000 RM gemäß den internen Absprachen im Flick-Konzern an die Mitteldeutschen Stahlwerke weiter, die diese als Einnahme verbuchen konnte, ohne tatsächlich bei Burkhardt & Co. beteiligt zu sein. Aus finanziellen Gründen hatte sich das Engagement beim Essener Bankhaus damit für den Flick-Konzern – wie für die anderen Kommanditisten – sicherlich ausgezahlt.<sup>48</sup>

## V. Fazit

Die „Umgründung“ des Essener Privatbankhauses Simon Hirschland wirft ein bezeichnendes Schlaglicht sowohl auf die Methoden und die daraus entstehenden Konflikte bei der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen in Deutschland während der NS-Diktatur als auch auf das Verhalten der Nutznießer. Sie zeigt, dass verschiedene Instanzen des NS-Herrschaftsapparats sowohl in Berlin als auch auf lokaler Ebene in solche komplexe „Arisierungsfälle“ eingriffen und versuchten, eigene wirtschaftspolitische, aber auch ideologische Interessen durchzusetzen. In den Konfliktfällen im Sommer und Herbst 1938 konnten die wirtschaftspolitischen Pragmatiker in der Reichsbank, im Reichskommissariat für das Kreditwesen und im Reichswirtschaftsministerium ihren Argumenten mehr Gewicht verschaffen als die Parteiideologen auf lokaler und regionaler Ebene. In

46 BA Berlin, 8122/6, Vertragsentwurf von Mitte Oktober 1938 über die Gründung des Bankhauses Burkhardt & Co; Brief der Essener Steinkohlenbergwerke AG an die Mitteldeutschen Stahlwerke, 26. Oktober 1938; Antwortschreiben der Mitteldeutschen Stahlwerke, 27. Oktober 1938; HADrB, Bestand 87, Konsortialabteilung, Akte 31151-2001.BE, Diverse, Aktennotiz Andrés, 17. Oktober 1938; ferner Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 140.

47 In den folgenden Jahren zerstritten sich die beiden persönlich haftenden Gesellschafter Gotthard von Falkenhausen und Otto Burkhardt offenbar, was auch die Geschäftsentwicklung ihres Bankhauses beeinträchtigte. Vgl. James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 81.

48 BA Berlin, 8122/6, Geschäftsberichte nebst Gewinn- und Verlustrechnung des Bankhauses Burkhardt & Co. für die Jahre 1939 und 1940; Brief der Essener Steinkohlenbergwerke AG an die Mitteldeutschen Stahlwerke, 23. März 1940; Brief der Mitteldeutschen Stahlwerke an die Essener Steinkohlenbergwerke AG, 2. April 1940.

den folgenden Jahren sollte sich dies ändern, wie zahlreiche Auseinandersetzungen über die Struktur der deutschen Kreditwirtschaft belegen.<sup>49</sup>

Zweitens zeigt die „Arisierung“ des Bankhauses Hirschland, dass die Handlungsspielräume selbst prominenter „Arisierungsoffer“ bei der Veräußerung oder „Überleitung“ ihres Geschäfts begrenzt waren. Den Inhabern des Essener Bankhauses kam zugute, dass sie in der Deutschen Bank einen Verhandlungspartner besaßen, der an einer halbwegs „fairen“ Lösung interessiert war, der sich zudem gegen die Forderungen der lokalen NS-Behörden entschieden zur Wehr setzte. Eine solche Konstellation war eher die Ausnahme, wie viele andere „Arisierungen“ jüdischer Privatbankhäuser zeigen.<sup>50</sup> Angesichts der rigiden Haltung der Gauleitung und des Drucks, unter dem die Verhandlungen geführt wurden, mussten die Inhaber des Bankhauses Hirschland jedoch akzeptieren, dass die Aktiva des Instituts zu einem deutlich niedrigeren Wert übernommen wurden, als dies vorher taxiert worden war. Zudem erhielten sie den Goodwill ihres Instituts nicht vergütet, wodurch sich dessen Geschäftswert weiter reduzierte. Immerhin konnten sie ihre ausländischen Beteiligungen in den Niederlanden und in den USA retten. Nach Zahlung der Reichsfluchtsteuer, der Judenvermögensabgabe sowie weiterer Vermögensbeträge an die Deutsche Golddiskontbank zur Erlangung der Ausreisegenehmigung ermöglichten ihnen diese Engagements einen geschäftlichen Neuanfang in den USA.<sup>51</sup> Das Privatvermögen der Hirschlands musste jedoch in Deutschland verbleiben und wurde 1942 im Rahmen ihres Ausbürgerungsverfahrens vom Reich beschlagnahmt. Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass die Familie Hirschland nicht nur durch die „Überleitung“ ihres Bankhauses, sondern auch durch den Verlust eines großen Teils ihres Privatvermögens einen erheblichen finanziellen Schaden erlitt. Hiervon profitierte in erster Linie das Reich, aber auch diejenigen, die das Bankgeschäft in Essen weiterführten.<sup>52</sup>

Drittens zeigt der „Fall Hirschland“, wie schnell prominente Industrielle bereit waren, sich an „Arisierungen“ zu beteiligen, auch wenn sie gar nicht die Initiative zu einer solchen Transaktion ergriffen hatten. Schien ihnen aus unternehmensstrategischem Kalkül heraus oder aus Gründen der Bereicherung eine Mitwirkung an einer „Arisierung“ vorteilhaft zu sein, so fanden sie sich schnell zu einem solchen Schritt bereit, auch wenn die Federführung bei einer solchen Transaktion nicht bei ihnen lag. Dies galt anfangs sowohl für den Flick-Konzern als auch für die August Thyssen-Hütte. Erst als man bei Flick erkannt hatte, dass eine Beteiligung an dem neuen Bankhaus andere Optionen im Hinblick auf eine Expansion in Mittel- und Osteuropa beeinträchtigen konnte, wollte man die ursprüngliche Entscheidung wieder revidieren. Ein solcher Schritt schien richtig zu sein, da nach dem Rückzug von Krupp keine größeren Maßnahmen zur Abwehr der schwerindustriellen Konkurrenz in diesem Fall mehr angebracht waren. Zudem waren

49 Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 140; zu den Konflikten um die Struktur der deutschen Kreditwirtschaft während des Zweiten Weltkriegs Bähr, „Bankenrationalisierung“ (wie Anm. 24), S. 71-95.

50 James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 80; Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 379; Ulrich, Aufstieg (wie Anm. 9), S. 346 ff.

51 Einzelheiten zu den Modalitäten der „Geschäftsüberleitung“ finden sich bei Ulrich, Aufstieg (wie Anm. 9), S. 346 ff.; ders., Hirschland (wie Anm. 10), S. 141, Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 379; James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 80 f.

52 So auch Köhler, „Arisierung“ (wie Anm. 7), S. 380; Ulrich, Hirschland (wie Anm. 10), S. 142; etwas abweichend die Einschätzung von James, Deutsche Bank (wie Anm. 15), S. 80 f.

strategische Allianzen mit der Essener Gauleitung kaum mehr erforderlich, seitdem eine Expansion nach Ostdeutschland oder später in das Sudetenland möglich schien. Dass Flick von der Essener Gauleitung verlangte, im Falle der Zustimmung einer Beteiligung am neuen Bankhaus Burkhardt & Co. als Retter der gesamten Transaktion gefeiert zu werden, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie.

Im Rahmen des Konzernum- und ausbaus seit Mitte der Dreißigerjahre spielte das Engagement bei diesem Bankhaus für den Flick-Konzern sicherlich eine eher untergeordnete Rolle – trotz der nicht zu unterschätzenden Bedeutung für das Gelingen der gesamten „Überleitungstransaktion“. Flicks Beteiligung an der „Arisierung“ des Hochofenwerks Lübeck, vor allem aber des Petschek-Konzerns waren weitaus spektakulärer und für den Konzernausbau von zentraler unternehmensstrategischer Bedeutung.<sup>53</sup> Dass das Engagement seines Konzerns bei Burkhardt & Co. dennoch einträglich war, steht außer Frage. Auch diese Form einer unspektakulären und „stillen Teilhaberschaft“ führte dazu, dass Industrielle aus der „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft einen unmittelbaren materiellen Nutzen zogen.

(Dr. Harald Wixforth, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Geschichtswissenschaften, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, D-44780 Bochum)

53 Dazu vor allem Laure M. Stahlbaumer, *Big Business and the Persecution of the Jews. The Flick-Concern and the Aryanization of Jewish Property Before the War*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 13 (1999), S. 5-25; Harald Wixforth, *Die Expansion der Dresdner Bank in Europa (Die Dresdner Bank im Dritten Reich 3)*. München 2006, S. 130-138.